

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5226 –**

Deutsche Identität verteidigen – Kulturpolitik grundsätzlich neu ausrichten

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert, dass die deutsche Kulturpolitik zunehmend weniger auf die Stiftung kultureller Identität ausgerichtet sei. Es gebe eine Ideologisierung der Kulturpolitik, die unter der aktuellen Bundesregierung zugenommen habe. In sechs Themenfeldern vom Postkolonialismus über Diversität bis zur Erinnerungskultur machen die Antragsteller problematische Entwicklungen aus. Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung auf, die Kulturpolitik grundsätzlich neu auszurichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5226 abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2023

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Helge Lindh
Berichterstatter

Maximilian Mörseburg
Berichterstatter

Erhard Grundl
Berichterstatter

Anikó Glogowski-Merten
Berichterstatterin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Jan Korte
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Helge Lindh, Maximilian Mörseburg, Erhard Grundl, Anikó Glogowski-Merten, Dr. Marc Jongen und Jan Korte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/5226** in seiner 79. Sitzung am 19. Januar 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD schildert eingangs, wie kulturelle Identität entsteht und wertet diese als etwas Positives. Die deutsche Kulturpolitik sei jedoch zunehmend weniger auf die Stiftung kultureller Identität ausgerichtet, da diese von den Verantwortlichen als negativ empfunden werde. Es gebe eine Ideologisierung der Kulturpolitik, die unter der aktuellen Bundesregierung zugenommen habe.

Gedankengebilde und Dogmen bestimmten die Agenda, was sich in einer veränderten Kulturförderpolitik niederschlage. Beispielhaft werden Begriffe und Themen wie Identitätspolitik, Diversität oder Klimaneutralität aufgeführt. Kultur- und Medienförderung würden als Mittel zum Umbau der Gesellschaft begriffen. Die deutsche kulturelle Identität im traditionellen Sinne solle beseitigt werden, heißt es in dem Antrag.

Grund dafür sei eine Haltung, die sich gegen die westlich-demokratischen Kulturen richte. Diesen werde viel Negatives vorgeworfen, etwa Rassismus oder die planetarische Ausbeutung der Erde. Die Fraktion der AfD macht ihre Kritik an den Themenfeldern Postkolonialismus, Diversität, Cancel Culture, Geschlechtergerechtigkeit, Green Culture und Erinnerungskultur fest.

Mit zehn Forderungen schließt der Antrag. Diese betreffen positive Bezugspunkte für die kulturelle Identität, eine differenzierte Sicht der Kolonialzeit auch im Schulunterricht, den Erhalt von in die Diskussion geratenen Straßennamen, eine restriktive Handhabung der Restitution von Sammlungsgut, die Einstellung von postkolonialen Projekten/Vorhaben, die Nichtanwendung des Genders im offiziellen Sprachgebrauch, die Einstellung von Förderungen, die auf Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit, Diversität und ökologische Transformation zielen sowie die Unterstützung des Wiederaufbaus historischer Gebäude von nationaler Bedeutung.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** befasste sich in seiner 32. Sitzung am 19. April 2023 mit dem Antrag auf Drucksache 20/5226 und empfahl die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der AfD** bezog sich auf die Plenardebatte am 19. Januar 2023 (1. Lesung). Aus der Fraktion der CDU/CSU heraus sei zwar richtigerweise Kritik an der Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geübt worden. Erkannt werde jedoch offenbar nicht der Zusammenhang mit der postkolonialistischen Ideologie. Die Fraktion der AfD appellierte an die Fraktion der CDU/CSU, wirksame Initiativen gegen Cancel Culture zu entwickeln.

Ein Redner der Fraktion der SPD habe mit Blick auf den Antrag vom „Wahn kultureller Identität“ gesprochen. Könne man diesen nicht ebenso bei Staatsministerin Claudia Roth im Zusammenhang mit der Ukraine und den Benin-Bronzen ausmachen, fragte die Fraktion der AfD. Es sei festzuhalten: Bei anderen Völkern oder Nationen gelte kulturelle Identität als wert, verteidigt zu werden, den Deutschen jedoch werde keine kulturelle Identität zugestanden.

Der SPD-Politiker Wolfgang Thierse sei sich der Doppelmoral bewusst und habe schon vor Jahren gefordert, dass die politische Linke die legitimen Beheimatungsbedürfnisse von Menschen ernst nehmen solle.

Die Fraktion der AfD forderte eine grundsätzliche Neuausrichtung der deutschen Kulturpolitik. Gegenwärtig weise diese eine woke Tendenz auf, die vor allem international, antirassistisch, feministisch, postkolonial, queer und klimaneutral sein wolle. Der Antrag sei ein Aufruf zur Kehrtwende.

Die **Fraktion der SPD** erwiderte, sie wolle mit aller Kraft die deutsche Identität verteidigen und lehne daher den Antrag der Fraktion der AfD ab.

Es gehe darum, deutsche Identität in ihrer Pluralität, ihren Brüchen, ihrer Unterschiedlichkeit und in ihrem heutigen und nicht vergangenen Glanz zu unterstützen. Als positives Beispiel wurde das Werk der in Duisburg geborenen Lyrikerin Lütfiye Güzel genannt und daraus zitiert. Diese dürfe nicht Autorin sein, wenn es nach der AfD gehe, argumentierte die Fraktion der SPD.

Sie wolle die deutsche kulturelle Identität stärken, so wie sie sei. Die AfD habe wahnhaftige Phantasmagorien der kulturellen Identität Deutschlands.

Die **Fraktion der CDU/CDU** kritisierte den Antrag der Fraktion der AfD als undifferenziert. Die Fraktion der CDU/CDU bekräftigte ihre Position, dass die Rückgabe der Benin-Bronzen aus kultureller Sicht richtig gewesen sei. Die Fraktion der AfD halte die kulturelle Identität der Deutschen für wichtig, gönne jedoch anderen Kulturen keine eigene kulturelle Identität. Das sei ein Widerspruch.

Die Fraktion der CDU/CSU sah Fehler in dem Antrag der Fraktion der AfD und ging beispielhaft auf das Thema Sklaverei ein. Während die Fraktion der AfD eine Beschäftigung mit dem Thema ablehne, sah die Fraktion der CDU/CSU eine Aufarbeitung als wichtig an.

Die Fraktion der CDU/CSU lehnte den Antrag der Fraktion der AfD ab. Gleichwohl sei Kritik an der Identitätspolitik der Bundesregierung angebracht. Genannt wurden mehrere Beispiele, etwa die Umbenennung des Bismarck-Zimmers im Auswärtigen Amt oder das Überblenden der christlichen Inschrift am Berliner Stadtschloss. Kritikwürdig sei außerdem eine ideologisch-motivierte Kunstsprache, die einige politische Akteure der Bevölkerung überstülpen wollten.

Die Fraktion der CDU/CSU sah in der Identitätspolitik von Teilen der Bundesregierung auch ein Konjunkturprogramm für die AfD.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass Diversität eine Stärke sei und es keiner Vereinheitlichung von Kultur für den Zusammenhalt der deutschen Bevölkerung bedürfe. Deutschland sei in der Globalisierung auf verschiedene Lebenserfahrungen und Perspektiven angewiesen.

Der Kulturbegriff der AfD knüpfe an das ideologische Erbe des Nationalsozialismus an, an die Gleichstellung von Kultur und die Ausgrenzung von Marginalisierten. Die Gleichstellung von Kultur sei in letzter Konsequenz verfassungsfeindlich.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, sie leite aus der Verfassung eine Verantwortung zur Schaffung einer diskriminierungsfreien Kultur- und Medienpolitik sowie die Anerkennung und Abbildung der Diversität der Gesellschaft ab. Wichtig sei auch die Anerkennung der deutschen historischen Verantwortung.

Die Bundesregierung wolle dafür sorgen, dass Kulturpolitik entsprechend ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz aufgewertet werde, indem Kulturförderung als Staatsziel festgeschrieben werden solle. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** kündigte ebenfalls die Ablehnung des Antrags an. Die Fraktion der AfD postuliere, dass sie die deutsche Identität durch eine Neuausrichtung der Kulturpolitik verteidigen wolle. Das Vorhaben scheitere jedoch bereits am Verständnis des Kulturbegriffs.

Kultur und kulturelle Identität hätten dezidiert keinen exklusiven Charakter. Das Gegenteil sei der Fall. Alle geistigen, künstlerischen und gestaltenden Leistungen einer Gemeinschaft brächten die menschliche Höherentwicklung zum Ausdruck.

Kulturelle Identität sei daher nichts Absolutes, sondern befinde sich in einem steten und unendlichen Prozess. Es müssten Räume geschaffen werden, in denen die Gesellschaft sich reflektieren und mit der eigenen historisch-kulturellen Identität sowie der gegenwärtigen Identität auseinandersetzen könne.

Kulturelle Identität beinhalte nicht nur die Vergangenheit, sondern auch Gegenwart und Zukunft. Wie Kulturpolitik gestaltet werde sei Gegenstand ständiger Weiterentwicklung. Der Antrag verkenne diesen Prozess.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte ihre Ablehnung des Antrags mit ihrer antifaschistischen Haltung.

Berlin, den 24. April 2023

Helge Lindh
Berichterstatter

Maximilian Mörseburg
Berichterstatter

Erhard Grundl
Berichterstatter

Anikó Glogowski-Merten
Berichterstatterin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Jan Korte
Berichterstatter

